

Biete Diäten gegen Ausländer

Im Februar 1999 gelang es Roland Koch, den hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel durch eine schwarzgeldfinanzierte Kampagne gegen das neue Staatsbürgerschaftsrecht aus dem Amt zu drängen. Seither ist Rot-Grün bei knapp 60% der Gesetze auf die Zustimmung der Union angewiesen. Der Kreis schließt sich, wenn heute das Zuwanderungsgesetz auf der Tagesordnung des Bundesrats steht. Wieder versucht die Union, Ängste vor Überfremdung für den Wahlkampf nutzbar zu machen.

Baden-Württemberg spielt dabei eine besonders erbärmliche Rolle. Ministerpräsident Teufel forderte ernsthaft, das Nachzugsalter für Kinder auf drei Jahre zu begrenzen. Kaum zu erwarten, dass die ersehnten Spitzenkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt das als attraktive Einladung ansehen könnten.

Die so genannten Liberalen stimmen dem Zuwanderungsgesetz inhaltlich im Wesentlichen zu, wollen aber selbst die Regierung von Rheinland-Pfalz, in der sie mit der SPD regieren, an der Zustimmung hindern. Baden-Württembergs FDP-Chef Walter Döring hat sich einen besonders cleveren Handel ausgedacht. Das Land soll anders als von der CDU angekündigt den Vermittlungsausschuss anrufen. Für dieses Zugeständnis Erwin Teufels akzeptiert die FDP die Reform des Zulagenwesens im Landtag. Sie tauscht sozusagen Diäten gegen Ausländer.

Der Hintergrund dieser Groteske ist ein Urteil des Bundesverfassungsgericht. Es hatte die Praxis der Parlamente, für allerlei Posten und Pöstchen üppige Zulagen zu zahlen, nach einer Klage der thüringischen Grünen verworfen. Landtagspräsident Straub stellte vor zwei Wochen einen Plan vor, diesem Urteil zu entsprechen, indem der Anteil der Mitglieder einer Fraktion, die Zulagen erhalten dürfen, auf 30% begrenzt wird.

Diese Regelung fand überall Zustimmung, nur nicht bei der FDP. In dieser Partei sind nämlich alle zehn Mitglieder der Fraktion Besserverdienende. Jeder FDP-Abgeordnete sitzt sich selbst in einem Arbeitskreis vor. Als Arbeitskreisvorsitzender erhält er eine monatliche Zulage von 250 Euro aus der Fraktionskasse. Der erste Erfolg des Zuwanderungsgesetzes war am Dienstag der Zulagenverzicht der FDP.

Von der Öffentlichkeit weniger beachtet, aber durchaus bedeutsam, ist ein weiterer Showdown in der heutigen Bundesratssitzung. Die Landesregierung will die Einführung der LKW-Maut blockieren. Mit dem Interesse des Landes hat das nichts zu tun. Baden-Württembergs Autobahnen werden von Brummis zugestaut und zerbröseln, ohne dass sie dafür angemessen bezahlen. Mit den Einnahmen der Maut sollen neue Autobahnspuren und Schienen bezahlt werden. Die Landesregierung räumt sogar ein, dass Baden-Württemberg dabei besonders gut bedient wird: Allein 20% der Investitionsmittel für die Straßen im gesamten Bundesgebiet sollen ins Ländle fließen. Dennoch Ablehnung im Bundesrat. Freie Fahrt für freie Brummis.

Zum Glück entscheidet der Bundesrat nur über die LKW-Maut und nicht über die RegioStadtbahn. Die kommt – so hoffe ich – dank einer sachorientierten Kommunalpolitik wesentlich schneller aufs Gleis.